

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 3 M.,
unter Streifenband 3,50 M.
Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Schriftleitung und
Versand:**
Berlin S 42, Luisenauer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Non-
pareillezelle 79 Pfennig
Bei Wiederholungen Ermäßigung. — Alleinige Anzeigen-
Annahme Lorenz & Co., G. m. b. H., Leipzig, Eosestr. 6

In der Zeit vom 12. Oktober bis 18. Oktober ist der Beitrag für die 42. Woche fällig

Für die Kassierer!

Die Einkassierung der Beiträge ist wöchentlich durch Bezirks- oder Betriebskassierer vorzunehmen.

Die Bezirks- und Betriebskassierer müssen die vereinnahmten Gelder regelmäßig mindestens vierzehntägig an ihren Ortskassierer abliefern.

In großen Ortsverwaltungen, wo die Ortskassierer ihre Wertzeichen vom Kassierer der Ortsverwaltung bekommen, sind an diese oft Teilzahlungen zu leisten. Je größer die Mitgliederzahl und damit die vereinnahmte Summe, desto öfter müssen Teilzahlungen geleistet werden. Auf alle Fälle sind solche Teilzahlungen mindestens allmonatlich zu leisten.

Kassierer, die Teilzahlungen in diesen angegebenen Fristen nicht leisten, werden gemahnt.

Die Vorstandsmitglieder und Revisoren haben sich öfter davon zu überzeugen, daß die Abführung der Teilzahlungen richtig durchgeführt wird.

Die Kassierer der Ortsverwaltungen haben im Laufe des Vierteljahres öfter Teilzahlungen an die Hauptkasse zu leisten. Nirgends dürfen Summen liegen, ohne Zinsen zu bringen oder der Gefahr des Diebstahls ausgesetzt zu sein.

An die Mitglieder in Staats- und Gemeindebetrieben!

Immer wieder kommen Mitteilungen an uns, die besagen, daß von Funktionären des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes Versuche gemacht werden, um unsere Mitglieder zum Übertritt zu bewegen. Bei diesen Versuchen werden oft Mittel angewandt, die allen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten Hohn sprechen. So wird gesagt, der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg habe beschlossen, daß alle in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter im Gemeindearbeiterverband organisiert sein müßten. Das ist selbstverständlich nicht wahr.

Anderenorts wird versucht, unsere Mitglieder bei Verhandlungen und Abschlüssen von Tarifen nicht mit hinzuzuziehen, um damit beweisen zu wollen, daß wir „keine Bedeutung haben“.

Es ist allgemein in den Gewerkschaften üblich, daß, wenn mehrere Verbände an einer Bewegung beteiligt sind, diese auch die Tarifverträge gemeinsam abschließen und gemeinsam unterzeichnen. Auch den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen gegenüber wird so verfahren. Wenn Verwaltungen des Gemeindearbeiterverbandes uns diese Selbstverständlichkeit nicht zugestehen wollen, so geschieht dies nur aus Gründen des rücksichtslosesten Konkurrenzkampfes. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln wenden! Ist dies ohne Erfolg, so ist unsere Nichtbeteiligung auch kein Grund zum Übertritt, weil Innehaltung des Tarifes auch durch unsern Verband für unsere Mitglieder genau so erfolgt, als wie durch den Verband der Gemeindearbeiter.

Eine andere Taktik, unsere Mitglieder zum Übertritt zu bewegen, ist die, daß Funktionäre des Gemeindearbeiterverbandes unsere für die gewerbliche Gärtnerei abgeschlossenen Tarife so darstellen, als wenn unser Verband nicht instande sei, gute Tarife durchzudrücken. Eine solche Taktik ist eine so gemeine und schäbige, daß sie eigentlich unter Gewerkschaftern nicht möglich sein sollte. Wir können ohne Überhebung sagen, daß wir in Betreff der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufskollegen mindestens dasselbe geleistet haben, wie jener Verband, wenn wir die unendlich vielen Kleinbetriebe mit ihren rückständigen Unternehmern betrachten, wohl noch erheblich mehr.

In den meisten Fällen werden die Übertritte, die man dann endlich durch solche und ähnliche Art erzielt hat, ohne jegliche Abmeldung von unserm Verbands vollzogen. Das ist ein Verstoß gegen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse. Übertritte sollen nur nach vollzogener Abmeldung vom bisherigen Verband erfolgen.

Gegen alle diese Vorkommnisse müssen wir uns mit aller Kraft wenden. Sache unserer Verwaltungen ist es, diese Vorgänge uns sofort zu berichten. Auch sind diese Dinge in den Gewerkschaftskartellen zur Besprechung zu bringen, damit auf die so gegen alle gewerkschaftlichen Gepflogenheiten verstößenden Vertrauensleute erzieherisch eingewirkt wird. Und das Wichtigste ist, daß man von vornherein solchen Leuten in einer Weise entgegentritt, daß sie es in Zukunft unterlassen, neue Mitglieder aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zu holen.

Jos. Busch.

Nieder mit der Lehrlingszüchtere!

Die während der Kriegszeit eingerissene Lehrlingszüchtere konnte immerhin noch mit den Kriegszuständen selbst entschuldigt werden. Nachdem der Krieg vorüber und allenthalben grauenerregendste Arbeitslosigkeit herrscht, war die Zeit des Abbaues dieses anormalen Zustandes gekommen. Wo aber finden wir solchen Abbau? Es scheint, nirgends.

Dagegen wird uns fortgesetzt gemeldet, daß in zahlreichen Orten und Betrieben noch mehr Lehrlinge eingestellt und dafür Gehilfen und Arbeiter entlassen werden! Heute nur die nachfolgenden Fälle:

Aus Witten a. Rh. wird mitgeteilt: „Es ist gewiß recht erfreulich, daß wir jetzt überall Tarife abschließen können und allmählich bessere Löhne durchsetzen. Was nutzt das aber, wenn dadurch das eintritt, was sich hier bei uns zeigt? Nachdem der hiesige Tarif in Kraft getreten ist, werden 4 Gehilfen weniger und 4 Lehrlinge mehr beschäftigt. In den gewerblichen Betrieben sind jetzt tätig 9 Gehilfen und 12 Lehrlinge. Dies in einer Industriestadt; wie mag es da erst in Landstädten und sonst in ländlichen Verhältnissen aussehen!“

Aus Köln a. Rh. berichtet ein Kollege: „Der Handelsgärtnereibesitzer Josef Dahmen in Köln-Holweide beschäftigte neben drei Lehrlingen in der Zeit vom April bis September ds. Js. einen jungen Gehilfen von 19 Jahren. Als der letztere, weil organisiert, Tariflohn verlangte, wurde er entlassen. Dabei gehört Herr Dahmen obendrein der Lohnkommission auf Arbeitgeberseite an! Nebenbei sei noch bemerkt, daß Herr Dahmen in der Zeit von 4—7 Uhr nachmittags noch einen Fabrikarbeiter beschäftigt, der diese Arbeit nach Erledigung seiner achtstündigen Fabrikarbeit vollführt, also als Schmutzkonkurrent auf dem Plane erscheint. Und schließlich gibt Herr Dahmen auch noch einem 13-jährigen Schuljungen vor und nach dem Schulunterricht „Arbeit und Brot“. Wahrlich, ein sehr edler Arbeitgeber!“

Da aller guten Dinge drei sind, so sei noch dieser Fall mitgeteilt. Am 3. Oktober wurden wir aus Berlin-Lichtenberg telefonisch angerufen und wurde uns dieses vorgetragen: In der

bekanntem Großgärtnerei Adolf Koschel wurden bisher neben 20 Gehilfen 11 Lehrlinge gehalten. Jetzt sollen noch weitere 5 Lehrlinge eingestellt und dafür wahrscheinlich die entsprechende Anzahl von Gehilfen entlassen werden. Was sollen und können wir dagegen tun?" Die Kollegen des in Frage kommenden Betriebes wollten erst mal bei der Betriebsleitung durch den Betriebsrat vorstellig werden und Einspruch erheben. Im Augenblick, da wir das niederschreiben, hat eine Verhandlung noch nicht stattgefunden.

In Fällen, wie dem letztgenannten, ließe sich unter Umständen mit einem rücksichtslosen Betriebsstreik etwas ausrichten. In Klein- und Mittelbetrieben ist damit aber nichts zu wollen. Denn wer soll wohl streiken, wenn nur „Lehrlinge“ beschäftigt werden?

Für das Gebiet des Freistaats Preußen haben wir nun ja die Ministerialverordnung vom 10. Februar ds. Js., die den Gärtnereiausschüssen bei den Landwirtschaftskammern die Handhabe bietet, für jede Provinz eine Lehrlingsskala einzuführen. Diese Gärtnereiausschüsse werden aber heute noch vollständig von den Unternehmern beherrscht. Da und dort hat man uns einen „Konzessionsschulzen“ zugestanden, beileibe aber keine Parität, keine gleichmäßige Besetzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Und so fallen alle Anträge auf Einschränkung der Lehrlingszüchtereier einfach unter den Tisch! Einsicht und Verständnis für das Allgemeinwohl sucht man bei der Masse unserer Arbeitgeber vergeblich. Und einzelne Einsichtige dringen mit ihren Mahnungen nicht durch. Was also sollen wir tun, um dem Übel beizukommen? Folgendes, Kollegen.

Erstens: Fürderhin muß mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dahin gewirkt werden, daß in jeden Tarifvertrag ein besonderes Kapitel „Lehrlingswesen“ aufgenommen wird. Dieses Kapitel muß im wesentlichen lauten:

„Lehrlingswesen.

1. Lehrlinge dürfen nur in solchen Betrieben gehalten werden, die auf Grund der Verfügung des preußischen Landwirtschaftsministeriums, vom 10. Februar 1919, als Lehrwirtschaften anerkannt sind. In diesen Betrieben gilt im übrigen folgende Skala. Es dürfen gehalten werden

bis zu 2 Gehilfen	= 1 Lehrling,
von 3–5 Gehilfen	= 2 Lehrlinge,
„ 6–9 „	= 3 „
„ 10–14 „	= 4 „

auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling mehr.

2. Lehrgeld darf nicht verlangt werden. Der Lehrling erhält während einer dreijährigen Lehrzeit als Entgelt entweder freie Station (Wohnung, Beköstigung, Licht, Heizung, Bettwäsche, Handtücher) oder den Wert dieser Naturalien in bar. Im letzteren Falle wird im zweiten Jahre der Vollbetrag gezahlt, im ersten ein Viertel weniger und im dritten ein Viertel mehr.

Der Wert der freien Station wird für den Geltungsbereich des Tarifvertrages auf wöchentlich Mark festgesetzt. Demgemäß erhält ein Lehrling bei Wegfall aller Naturalien:

im ersten Jahre die Woche Mark,
„ zweiten „ „	„ „ „ „
„ dritten „ „	„ „ „ „

Wird ein Teil der Naturalien gewährt, so erfolgt entsprechende Umrechnung.

Die hier genannte Entschädigung ist die vonseiten des Lehrherrn zu gewährende Mindestleistung.*) —

Anmerkung: In Tarifverträgen außerhalb des Freistaates Preußen ist unter Nr. 1 folgender Wortlaut angebracht:

Lehrlinge dürfen nur in solchen Betrieben gehalten werden, die denjenigen Anforderungen entsprechen, welche in der Verfügung des preußischen Landwirtschaftsministeriums vom 10. Februar 1919 aufgestellt sind. Usw.

*) Wo die Verhältnisse es erlauben sind höhere Sätze einzustellen. Solche rechtfertigen sich vollumfänglich, wenn man sich vergegenwärtigt, was wir in Nr. 37 (Seite 218) vom Landeskulturrat für Sachsen berichten konnten. Wir bitten dies nachzulesen. Die Schriftleitung.

Kollegen! Die Verhältnisse zwingen uns, so zu verfahren. Der Hauptvorstand ersucht, dies als Anweisung anzunehmen.

Und was zweifeln? Im Bäckerei- und Fleischerergewerbe sind in verschiedenen Bezirken, wo die Lehrlingszüchtereier besonders allgemeingefährlich aufgetreten ist, in letzter Zeit besondere Not-Verordnungen erlassen, die vorläufig jede Weitereinstellung von Lehrlingen verbieten. Wir werden nunmehr in der gleichen Weise versuchen, derartige Verordnungen zu erreichen. Leider haben wir immer nur erst die Einzelfälle zur Hand, und die reichen dazu nicht aus. Deshalb muß mit allergrößter Beschleunigung jetzt die Lehrlingsstatistik aufgenommen werden. Die Statistikbogen sind allen Gauleitern bereits übersandt. Nun alle Mann auf Deck und die Zahlen, die Zahlen in allen Orten genau ermittelt!

Und zwischendurch jeden einzelnen Lehrlingszüchter an den Pranger in unserer Zeitung!

Nieder mit der Lehrlingszüchtereier!

Zwischen den Zeiten.

Betrachtungen über Abbau, Umschichtung und Neubau in der Gesamtgartenbauwirtschaft.

Die menschliche Gesellschaft befindet sich fortgesetzt in der Umbildung. Diese Umbildung wiederum ist abhängig von der Entwicklung der Technik ihrer Wirtschaft.

Die gesellschaftliche Schichtung und der politische Überbau verkörpern in ihren Formen den jeweiligen Zustand im Wirtschaftsgeschehen.

Wären die Menschen weise genug und weniger Sklaven ihrer Selbstsucht, dann würden sich mit den Veränderungen im Wirtschaftsleben durchaus im gleichen Schrittmaß auch parallele Veränderungen in den Gesellschafts- und Staatsformen vollziehen. Da sie nun aber einmal solche Sklaven sind, so halten diejenigen, die daran besondere Vorteile haben, auch jeweil an den gerade gegebenen Formen fest, die ihrem Vorteil am meisten entsprechen. Eines Tages aber sind die neuen Bedürfnisse so stark herangewachsen, daß sie nach Berücksichtigung schreien, und wenn dann auch das Schreien noch nicht hilft, dann machen sie kurzen Prozeß und stürzen einfach die Machthaber von ihren Tronen, zerstören ihre Zwingburgen. Es entsteht — Revolution.

So ist es bisher noch zu allen Zeiten gewesen. Durch die Revolution wird jeweil eine neue Ordnung geboren. Eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung.

Während in dem Falle einer mit dem Wirtschaftsgeschehen fortlaufend friedlich sich vollziehenden Entwicklung in Staat und Gesellschaft es nur eine aus Gliedern zusammengefügte Kette der Menschheitsentwicklung geben würde, entstehen auf die andere Weise sogenannte Geschichtsperioden, Zeitabschnitte, die jeweil ihre typische Prägung haben. Nur eine typische zwar, keine absolut herrschende. Denn auch in diese Zeitabschnitte ragen noch Entwicklungskettenglieder von den früheren Zeiten hinein, und es entwickeln sich eine Anzahl solcher, die erst im kommenden Zeitabschnitt wesensbestimmend wirken.

Was wir durch die gegenwärtige Revolution überwunden haben, das war das Zeitalter des Kapitalismus. Was neu entstanden oder doch jetzt im Werden begriffen ist, das ist ein Zeitalter des Sozialismus.

Im allgemeinen trifft zu, daß eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung nicht früher in die Erscheinung treten kann, als sie im Körper der alten dazu ausgereift war. Die jetzt werdende sozialistische Ordnung hatte indessen, als sie geboren wurde, ihre Vollreife noch nicht erlangt. Die alte Ordnung ging mit ihr gewiß schwanger, doch noch nicht hochschwanger; der Krieg wirkte dann dermaßen erschütternd auf sie ein, daß sie eine Frühgeburt ins Leben setzte. Viele ihrer Freunde bangen und zweifeln noch heute, ob diese Frühgeburt Lebenskraft genug besitzen wird, sich durchzuringen und die alte Ordnung wirklich abzulösen. Und die ehemaligen Träger und Nutznießer der alten Ordnung hoffen, sie werde eines Tages vercheiden; sie liegen zugleich auf der Lauer, das noch nicht vollentwickelte Kind bei passender Gelegenheit zu erwürgen.

Die Freunde der neuen Ordnung brauchen nicht bangen, und ihre Feinde täuschen sich, wenn sie hoffen. Die alte Ordnung ist dermaßen unbrauchbar geworden, daß weder Götter noch Teufel imstande sein werden, sie wieder herzustellen. Die neue ist einfach notwendig, und darum wird sie sein, bleiben, werden. Nur ist eben immer zu bedenken, daß sie eine Frühgeburt darstellt, die mit großer Liebe und Sorgfalt gehegt und gepflegt werden muß, damit sie einst ein volles und womöglich ideales Gebilde darstellen kann. Und wir, grade wir, das Arbeitervolk, die organisierten Arbeitermassen sind das gesellschaftliche Element, das sowohl die Träger dafür herzugeben hat, wie es über-

haupt bestimmt ist, den ganzen Wesensinhalt der sozialistischen Gesellschaftsordnung auszumachen.

Dies als ein allgemeines Vorwort. Und nun etwas besonderes über unsern eigenen Beruf im engeren und weiteren Sinne: über die Gärtnerei und über die Gesamtgartenbauwirtschaft. Wie liegen hier die Dinge, und wie haben wir sie zu betrachten?

Als der große politische Umsturz sich vollzog, hatte es zunächst den Anschein, als würde davon die Gartenbauwirtschaft in ihrem Wesen kaum berührt. Wir sahen hier ja überall noch einen Zustand wirtschaftlicher Unreife, einer Zurückgebliebenheit, die auf Sozialisierungsmöglichkeiten nur ganz wenig schließen ließ. Heute jedoch sehen auch bei uns die Dinge sich schon ganz anders an. Wir stehen mitten drin in dem Zusammenbruch des Alten und in dem langsamen, sich zumeist sogar erst andeutenden neuen Werden.

Was bricht denn zusammen, und was wird neu?

Im Zusammenbruch befindet sich auf der ganzen Linie vor allem die sogenannte Privatgärtnerei, deren ganzes Dasein auf der gesellschaftlichen Überkultur der Kapitalistenklasse beruht hat. Wir sehen tagtäglich, wie hier allenthalben abgebaut wird. In diesen Vertall unmittelbar hineingezogen wird derjenige Teil der Landschaftsgärtnerei, dessen Aufgabe es war, für einzelne Reiche und Wohlhabende im Wege des Werkvertrages neue Gartenanlagen herzustellen und bestehende zu pflegen. — Mache sich niemand die trügerische Vorstellung, daß dieser Abbau aufgehoben werden kann.

Und die Blumenanzuchtsgärtnerei? Sie war durch den Krieg niedergegangen. Vorerst scheint es, daß sie vom Zusammenbruch des Kapitalismus wenig betroffen werden wird. Ihre Erzeugnisse dürften im Gegenteil ein erweitertes Aufnahmegebiet finden. Ganz richtig. Der Blumenanzuchtsgärtnerei droht sicherlich kein Untergang, sondern sie darf auf eine neue Zukunft rechnen. Etwas wird aber auch von ihr in einiger Zeit zugrunde gehen: ihre bisherige kapitalistische Form, und zwar in Verbindung mit der Gemüsegärtnerei und in deren Gefolgschaft. Denn von der Gemüsegärtnerei ist anzunehmen, daß sie in ziemlicher Schnelligkeit der Sozialisierung zustreben wird. (Vergl. hierzu unsern Aufsatz „Sozialisierung des Gemüsebaues“, in Nr. 39 d. Ztg.) Kann man dem Baumschulenbetrieb eine andere Zukunft voraussagen? Nein; er hat am Ende dieselbe Reife oder wird diese erlangen.

Die Umschichtung und der Neuaufbau dürfte sich in etwa folgender Weise vollziehen. Das allgemeine Gesellschafts- und Wirtschaftsleben äußert sich in seinen neuwerdenden Formen mit Beziehung auf die Gartenbauwirtschaft voraussichtlich so: Es tritt eine sogenannte Dezentralisation des Städtewesens ein. Die wolkenragenden Mietskasernen üben keine besondere Anziehungskraft mehr aus. Soweit sie noch notwendig, werden ihre gartenlosen Bewohner sich mit Laubengärten versehen. Neubauten werden hauptsächlich in der Form von Kleinhäusern in Gartensiedlungen erfolgen. Laubengarten- und Kleinhäusler betätigen sich in gartenbaulicher Hinsicht größtenteils als Selbstversorger. Die öffentliche Versorgung mit Grünanlagen in den Städten sowie mit gartenbaulichen Nahrungs- und Genußmitteln wird Sache der Gemeinden und der Konsumgenossenschaften. Ein gleiches oder paralleles erfolgt hinsichtlich der Erziehungs- und Wohlfahrtsanstalten sowie des Friedhofsbetriebes.

Nicht von heute auf morgen. Aber es ist im Anzuge. Denn die werdende sozialistische Gesellschaftsordnung wird es bedingen und mit sich bringen. Bevor es sich zum Neuen klärt, vollziehen sich Gärungen, bilden sich Übergänge, denen gegenüber man zur Stellungnahme verpflichtet ist. Und es wird der Kampf toben. Denn das Alte tritt nicht ab, ohne sich zu wehren. Abtreten aber muß es trotzdem, denn es ist nun einmal sein Geschick.

Zu den sich wandelnden Gesellschaftsformen gehört u. a. das

berufliche Vereins- und Verbandsleben.

Das hier in Frage kommende Neue, mit dem die alte Gesellschaftsordnung schwanger ging, waren die Verbandsgebilde der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Sie treten jetzt als die eigentlichen und beherrschenden Träger der neuen Ordnung auf. In ihren Reihen sammelt sich nun alles, was fähig ist, den Neuaufbau zu vollziehen. Was ihnen fernbleibt, wird trotzdem nach dem Massenwillen dieser Organisierten behandelt. Denn diese Organisationsform ist innerhalb der neuen Ordnung zunächst die einzig mögliche und die für den Neuaufbau schlechteste notwendige.

Was geschieht mit den anderen beruflichen Vereinsgebilden? Da ist zunächst der Reichsverband für den deutschen Gartenbau, das letzte Glied in der Entwicklung während der Herrschaftszeit des Kapitalismus. Dieser Verband schien einmal berufen, ein Sammelbecken für alle gärtnerischen und gartenbaulichen Vereine und Verbände zu werden. Während der Kriegszeit schlossen sich ihm auch die Verbände der Arbeitnehmer körperschaftlich an. Er war auf dem Wege einer zeitgemäßen zweckdienlichen Umbildung, vermochte sich aber nicht vollstän-

dig durchzuringen und blieb in seiner Entwicklung stillstehen. Seit Jahr und Tag kommt er nicht mehr vom Flecke. Wenn nicht alles täuscht, steht er kurz vor seinem Ende. Warum? Die in der Bildung begriffene Reichsarbeitsgemeinschaft für den Gartenbau (diese ist zusammengesetzt einerseits aus den Arbeitgeber-, andererseits aus den Arbeitnehmer-Verbänden) nimmt heute die wichtigsten Verbände für sich in Anspruch und übernimmt einen großen Teil der Aufgaben, die sonst der Reichsverband berufen gewesen wäre, seinerseits zu erfüllen. Es ist einstweilen noch nicht ganz klar, ob es möglich sein wird, den anderen im Reichsverband zusammengeschlossenen Körperschaften auch bei der Reichsarbeitsgemeinschaft ein entsprechendes Tätigkeitsfeld und eine angemessene Vertretung einzuräumen. Den Willen dazu haben die Verbände der Arbeitsgemeinschaft.

Inzwischen taucht ein ganz neues Verbandsgebilde auf, das möglichenfalls als die Keimzelle eines lebensfähigen Zukunftsverbandes in Betracht kommt, nämlich eines Verbandes, der vielleicht berufen sein könnte — mit Ausnahme der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände —, alle bisherigen Vereine und Verbände gewissermaßen abzulösen, indem er von deren Aufgaben alle diejenigen übernimmt, die in der kommenden Zeit noch Bedeutung haben und die durch die neuen Zeitverhältnisse neu erwachsen sind. Wir meinen den „Bund für soziales Gartenwesen“, der unsern Lesern erst hiermit bekannt gemacht werden soll. Wir hatten Gelegenheit erstmals am 4. September d. Js. einer Sitzung des vorläufigen Arbeiterausschusses beizuwohnen, der einen Programm-Entwurf etwa dieses Inhalts zur Beratung vorlegte, den sich die Versammelten auch im wesentlichen zueigen gemacht haben: Der Bund soll alle diejenigen Vereine, Einzelpersonen und Behörden vereinigen, die sich gleiche und ähnliche Ziele zur Aufgabe gestellt haben. Die Ziele sind: Förderung des gesamten Gartenwesens vom sozialen, ästhetischen wie fachlichen Standpunkte aus, im besonderen des Kleingartenbaues, des Siedlungswesens, der Gartenliebhaberei, des Volksparks-, Sport- und Spielplatzwesens als wirksamste Mittel zur Hebung der Volkswirtschaft, Gesundheit, Erziehung, der Garten- und Friedhofskunst; Anleitung unseres Volkes zur Natur- wie Gartenkunde durch praktische wie theoretische Belehrung der Kinder in den Schulen seitens besonders ausgebildeter Gartenfachleute; Schaffung von Fachschulen für Gartenwesen zur Heranbildung eines tüchtigen Gartenarchitekten- wie Gärtner-Standes, staatlicher, städtischer Garten- und Friedhofsbeamten sowie Gartenbaufachlehrer und Lehrerinnen; Schaffung eines Ministeriums für das Gartenwesen behufs Überwachung des Gesamtgartenwesens in sozialer Richtung; Bildung einer Reichszentralstelle für Gartenwesen wie Landesberatungsstellen — Gartenbauämter —; Einstellung erster Fachkräfte als Gartenbaubeamte in den Landeskulturämtern, staatlichen Beratungsstellen usw.; Berufung erster Fachkräfte als stimmberechtigte Magistratsmitglieder für Gartenwesen seitens der Stadt-Gemeindeverwaltungen.

Dieses Programm eines zu schaffenden „Bundes für soziales Gartenwesen“ kann gewiß nicht darauf Anspruch erheben, bereits etwas Fertiges zu sein. Aber man muß, wenn man über seine einzelnen Teile näher nachdenkt, zugeben, daß in ihm sicherlich ein entwicklungsfähiger Kern steckt. Die ersten Anreger waren hier jüngere Gartenarchitekten innerhalb der Gesellschaft für Gartenkunst, die mit dem Altüberlieferten unzufrieden sind. Sie haben zunächst versucht, sich im Sinne dieses Programms innerhalb der Gesellschaft für Gartenkunst durchzusetzen, haben aber von vornherein recht wenig Hoffnung für dieses allernächste Zielstreben, und sie sind jetzt wohl soweit, sich an die breitere Öffentlichkeit zu wenden und das erstrebte Neue in neuer Form zur Geltung zu bringen.

Wie gesagt, uns will scheinen, daß hier die Keimzelle für das neuzeitliche Gartenbau-Vereinswesen gegeben sein kann, das berufen wäre, jene alten Gebilde, die unzeitgemäß geworden sind, abzulösen — mit Einschluß des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau, der viel zu spät ins Leben getreten ist, um zu der Bedeutung zu gelangen, die er schon im kapitalistischen Zeitalter hätte haben müssen. Wenn die richtigen Menschen an die Spitze des neuen Bundes kommen, das heißt Fachleute, die nicht bloß mit „einigen Tropfen sozialen Öls“ gesalbt sind, sondern die bereits klar sozialistisch zu denken vermögen, dann eröffnen sich hier hoffnungsvolle Aussichten. Dann wird es möglich sein, wirklich „von unten auf“ zu einem Neuaufbau des gesamten gartenbaulichen Vereins- und Verbandslebens zu kommen. —

Bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte über die Frage der

öffentlich-rechtlichen Vertretung des Gartenbaues und seiner Angehörigen.

Alle anderen bedeutenderen Berufsstände hatten im alten Staatswesen ihre „Kammern“ (Handwerkerkammern, Gewerbe- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw.). Der Gartenbau hat seit Jahrzehnten für sich ähnliches angestrebt. Im ehemaligen Königreich Sachsen ist bereits seit etwa einem Jahrzehnt solche Vertretung erreicht worden. In Preußen wurde 1913 der Anfang dazu gemacht. Jetzt nun haben wir die Gelegenheit

wahrzunehmen, einen kräftigen Vorstoß in dieser Richtung zu unternehmen. Durch eine Eingabe vom 10. Mai an den preußischen Landwirtschaftsminister forderten wir die Errichtung eines Landes-Gartenbau-Amtes. Dasselbe Ersuchen haben wir später an alle anderen Gliedstaaten gerichtet. Und das Reichswirtschaftsministerium ist gebeten worden, der Sache näher zu treten, um diese Landes-Gartenbau-Ämter durch Reichsgesetz zu schaffen und sie in einem Reichs-Gartenbau-Amt zusammenzufassen.

So sehen heute die Dinge aus. Inwieweit das, was sich immer noch im Zustande der Planung befindet, Aussicht hat, Wirklichkeit zu werden, können wir nicht sagen und werden uns vermutlich auch andere, selbst Regierungsstellen noch nichts bestimmtes sagen können. Wir leben jetzt noch immer zwischen den Zeiten. Die werdende neue Gesellschaftsordnung ist — das muß man sich immer wieder vergegenwärtigen — eine Frühgeburt, die sehr sorgsam gepflegt werden muß. Dieser Pflege wird aber bedauerlicher Weise allzuviel Widerstand entgegen gesetzt.

Wenn die Arbeitsgemeinschaften das werden, als was sie von ihren Vätern in Aussicht genommen sind — nämlich die berufenen Träger des gesamten künftigen Wirtschaftslebens —, dann werden die bisherigen „Kammer“-Vertretungen vermutlich einmal überflüssig werden. Weil man aber noch nicht wissen kann, ob dies auch geschehen wird, müssen wir daneben auch für die Forderung der Einrichtung eines Reichs-Gartenbau-Amtes, gegliedert nach Landes- und Provinzial-Gartenbau-Ämtern, eintreten, die selbstverständlich als paritätische Körperschaften mit einer durchgängig demokratischen Verfassung gedacht sind und in dieser Wesensform von uns begehrt werden. Dabei sei bemerkt, daß auch der Verband deutscher Gartenbaubetriebe diese Forderung mit unterstützt.

Das Betriebsrätewesen wird von alledem nicht berührt, denn dessen Aufgaben liegen auf anderen Gebieten. Dagegen wird das in Aussicht stehende Gesetz über einen Reichswirtschaftsrat, gegliedert nach Bezirkswirtschaftsräten usw., eine große Bedeutung gewinnen, weil es die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften regeln soll.

Die werdende neue Gesellschaft verlangt von uns, der Arbeiterschaft, daß wir uns ihr mit voller Anteilnahme widmen; denn wir, die Arbeiterschaft, sollen die starken Träger der neuen, der sozialistischen Menschheitskultur werden. **Otto Albrecht.**

Sozialisierungsmöglichkeiten im Gartenbau.

1. Allgemeine Vorbemerkungen.

Dieses Thema wurde in Nr. 26 unserer Zeitung durch einen diesbezüglichen Aufsatz vonseiten unserer Schriftleitung angeregt. Weitere Beiträge zu diesem Problem wurden willkommen geheißen. Das ist erfreulich; denn es ist notwendig, daß wir uns durch unser Verbandsorgan recht eingehend über diese grundlegende brennendste Frage der Zeit unterrichten, der Frage: „Wieweit läßt sich eine Sozialisierung im Gartenbau durchführen?“

Wir müssen, um diese Frage ausreichend beantworten zu können, uns mit dem Begriff einer Sozialisierung an und für sich des näheren beschäftigen. Die Tageszeitungen aller Parteirichtungen füllen ihre Spalten mit diesem Thema. Wer unserer Kollegen wäre nicht schon in der Lage gewesen, sich zu unterrichten? Und doch finden wir aus diesem Für und Wider der Argumente und Behauptungen kaum ein klares Bild von dem eigentlichen Wesen und der Herkunft des scheinbar neuen Problems. Mit auffälliger Klarheit zeigen uns die Erörterungen der Tagespresse, daß bei den Parteien unüberbrückbare Gegensätze in Bezug auf Beurteilung der zukünftigen Gestaltung unseres Wirtschaftslebens bestehen. Es sind Gegensätze, die ihren Untergrund in wirtschaftlichen Verhältnissen haben. So teilt ein großer Teil unser Gesellschaftsleben in zwei unüberbrückbare Gruppen, in Lohnarbeiter und Unternehmer, in Arbeit und Kapital.

In den politischen Kämpfen und dem politischen Geschehen unserer Tage zeigen sich die Wirkungen der Auseinandersetzungen dieser beiden Machtgruppen. Das Neue, das Prinzip einer neuen Ordnung bricht sich Bahn gegen die alte Ordnung, die sich gründet auf Besitzrechte, auf Beherrschung und Ausbeutung der Lohnarbeiter zum Zwecke des Profits. Die kapitalistische Wirtschaftsform kennt nur das eine Ziel: Freiheit im Erjagen des Profits. Dieser kann nur erwachsen aus der Arbeit, aus der Tätigkeit der Lohnarbeiter. Je mehr Arbeit und je weniger Lohn, umso größer der Gewinn. So konnte man in der Ausbeutung keine Grenzen. Sinnlos wurde viel wertvolles Menschenleben zerstört durch unnütze Frauen- und Kinderarbeit, durch übermäßig lange Arbeitszeit und Mißachtung des Arbeiterlebens überhaupt. Doch als letzte und packend grandiose Blüte des kapitalistischen Systems erscheint uns der eben beendete Weltkrieg. Sinnlos schlachteten und mordeten sich 4½ Jahre in täglich sich erneuernder Wut die rüstigsten Söhne Europas, statt werteschaf-

fender Arbeit war ihre Aufgabe Verschwendung und Vernichtung. Eine Summe unermeßlichen menschlichen Elends verbreitete sich über den Erdball, und doch waren die Triebkräfte dieses fürchterlichen Krieges nur kapitalistische Interessen.

Mit großer Genugtuung begrüßt die klassenbewußte Arbeiterschaft das Erwachen des Volkes. Für die bedrückte Arbeiterschaft hieß es schon seit einer langen Reihe von Jahrzehnten, sich zu wehren gegen die wirtschaftlich und politisch Mächtigeren, gegen die kapitalistischen Unterdrücker. Sie konnten sich nur wehren, wenn sie in dem wilden Konkurrenzkampf der Menschen untereinander und gegeneinander sich zusammenschlossen. Sie erkannten, daß über alle persönlichen Interessen hinweg ihr wirtschaftlicher Gegensatz zum Unternehmertum, ihre Klassenlage, gebieterisch ein gemeinsames Vorgehen, eine Organisation erheischte. Sie wollten leben und teilnehmen an den Kulturgütern der menschlichen Gesellschaft. Doch sie begriffen auch, wollen sie nicht nur Tageserfolge erringen, daß es galt, sich mit anderen Arbeiterorganisationen zu verständigen. Ein gemeinsames Band müsse sich um alle Proletarier schlingen. Ein Ziel galt es zu finden, eine Richtschnur für das Wollen des Proletariats. Dieses Ziel fand sich im Erkennen der geschichtlichen Stellung des modernen Lohnarbeiters; den wahren Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsform durchschauend, fanden sie das neue Recht, das nur allein die menschliche Gesellschaft weiter, höher hinauf führen kann. Unter diesem neuen Rechte begreifen wir auch die Forderungen des Erfurter Programms.

Ein Hauptpunkt im Sinne unseres Themas ist die Forderung: Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Alles das, was wir an Einrichtungen haben, um Lebensmittel und andere zum Dasein notwendige Güter zu erzeugen und zu verteilen als Grund und Boden, Bergwerke, Rohstoffe und Werkzeuge, Verkehrsmittel usw., sollen nicht mehr dazu dienen, den Besitzern die Einheimung großer Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu ermöglichen.

Der Grund und Boden gab den Geschlechtern vor uns Raum und Nahrung; mit ihrer Arbeit, mit ihrem Leben in tausendjährigem Wechsellaufe der Zeit düngten sie ihn; wir Jetztgeborenen fanden unsere Erdoberfläche wunderbar vorbereitet. Wir beherrschen jetzt die Natur in einem Maße, daß wir mit weniger Aufwand an Arbeit mehr an Gütern und Waren zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse herstellen können als unsere Vorfahren aus verhältnismäßig jüngster Zeit.

So sind wir alle Erben an dem Geschenk unserer Vorfahren, an der wunderbaren Technik der Produktionsmittel. Alle sind wir Erben an dem geistigen Besitz der Menschheit, an der gewaltigen Beherrschung der Naturkräfte. Und alle müssen wir teilnehmen können an den Kulturgütern, am geistigen Besitz der Menschheit, soweit es unsere Kräfte uns erlauben. Und jedes Menschenkind ohne Unterschied muß die Möglichkeit finden, selbst zu helfen zu weiterem Aufstieg; jeder muß schaffen können, so, wie es ihm Anlagen und Kräfte erlauben. Um zum Zustande dieser natürlichen Menschenrechte zu gelangen, heißt es: Beseitigen der alten Knechtschaft in wirtschaftlicher Beziehung. Die Produktionsbetriebe sollen sozialisiert werden, das heißt, die großen Betriebe der Arbeit sollen aus dem Privatbesitz in den Besitz der Allgemeinheit übergehen.

Damit ist nicht gesagt, daß nun das Prinzip der bisherigen Wirtschaft — nämlich, den Betrieb durch alle möglichen Verbesserungen und Erfindungen und arbeitsparende Methoden so auszugestalten, daß der höchste Gewinn dabei herauskommt — nicht mehr gelten solle. Im Gegenteil, dieses Prinzip muß auch dann gefördert werden. Höchster Gewinn muß auch dann herausgearbeitet werden, denn die Produktionsanlagen müssen erneuert und ständig erweitert werden, weil die Bevölkerungszahl immer noch steigt. Weiter müssen alle nicht Arbeitsfähigen erhalten, der Nachwuchs erzogen werden usw. Doch gerade durch eine Sozialisierung erreichen wir Steigerung unserer Produktionskraft, wie berufene Köpfe urteilen. Sozialisierung bedeutet planmäßige Arbeitsweise. Jetzt herrscht auf dem Warenmarkt der wilde Konkurrenzkampf um Absatz. Wieviel Kraft wird verschwendet für Reklame, wieviel Ware kommt um in den Lagern. Sind jedoch aus einem Produktionszweig die verschiedenen Einzelbesitzer ausgeschaltet, so kann planmäßig, so wie jetzt schon in manchem Großbetrieb, die Warenherstellung und -Verteilung geleitet werden. Daß sich dieser Zustand nicht sofort im Bereiche unseres gesamten Wirtschaftslebens einführen läßt, sagt uns schon der Umstand, daß die Völker, mit denen wir in Güterverkehr stehen, ebenfalls noch in der alten Wirtschaftsweise beharren. Wohl aber bieten sich viele Möglichkeiten, um planmäßig in unserm Wirtschaftsleben die Sozialisierung nach und nach in die Hand zu nehmen.

2. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter.

Wollen wir nun untersuchen, wie weit es möglich ist, im Bereiche unserer Tätigkeit, im Gartenbau, zu sozialisieren, so gilt es auch, daß wir mit den Mitteln vertraut werden, mit denen wir die Widerstände, die sich zweifellos ergeben werden, überwinden können.

Die neue Bewegung, die Idee des Sozialismus, kann die alte Ordnung nur überwinden, wenn sie getragen wird von den Massen, wenn sie die meisten Volksgenossen zu ihren Anhängern zählt. Denn zu stark ist der Widerstand des Alten, zu mächtig sind seine Nutznießer, zu gewaltig sind ihre Waffen sämtlicher Art. Es blieb den Arbeitern nur das Wort und die Freiheit, an die Vernunft und den Geist der unter gleichen Verhältnissen Lebenden zu appellieren. Und so ist es; die gesamte Arbeiterbewegung wird befruchtet und gefördert durch den Geist des Sozialismus. Schrittweise, von unten auf, errang sich diese Bewegung Einfluß im Leben des Staates. Durch die politische Organisation wurde der zündende Funke des Rechts und der Freiheit geworfen in unwissende Hirne; in die Parlamente hinein schickten sie ihre Vertreter, von hier aus drang weiter ihr Wort, von hier aus senkten sie in die Geschicke des Landes hinein das neue Recht. Die Gewerkschaften sammelten die arbeitnehmenden Berufsgenossen zu wohlgegliederten Organisationen zum Zwecke gemeinsamen Handelns. Erkennend, daß durch einiges Vorgehen dem Unternehmer eine wirksame Stellung genommen ist in der Ausbeutung der Arbeiter, ging man vorwärts und erreichte nun manchen Erfolg wirtschaftlicher und materieller Art. Eine große seelische Eigenart tritt innerhalb der Organisationen in Erscheinung, die Solidarität, das Gemeinschaftsgefühl, das Bewußtsein, ein gemeinsamer höheres Ziel zu verfolgen verpflichtete jeden Einzelnen zum Helfen für die Sache. An reichen Beispielen sehen wir, daß noch nie in der Geschichte ein so weites Band sich um so große Massen schlang und solche Wirkungen erzeugte. In den genossenschaftlichen Organisationen, die ebenfalls aufgebaut sind durch Opferwilligkeit und Solidarität, sehen wir an wirklichen Beispielen, wie die neue Wirtschaftsweise sich gestalten muß. Von kleinen Anfängen ausgehend, haben sich die Arbeiter selbst Produktionsbetriebe geschaffen, die an Mustergültigkeit die Privatbetriebe weit überragen. Der nutznießende Unternehmer ist ausgeschaltet, ein Geschäftsgewinn kommt allen Genossen zugute.

So ergibt sich aus der Wirksamkeit unserer Organisationen, daß wir nicht so ganz ungerüstet sind, um eine mögliche Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Durch das durch die innerpolitischen Umwälzungen erreichte gleiche Wahlrecht sind wir in der Lage, ausschlaggebenden Einfluß in den Parlamenten zu erlangen. Schneller werden wir weiterschreiten, indem wir alle Lohnarbeitenden sammeln unter der Parole des Kampfes, damit die politische Macht unser wird, um uns wirtschaftlich zu befreien. So gilt es, die gewerkschaftlichen Organisationen wirksamer zu machen durch größeren Einfluß der Beschäftigten auf die Betriebsleitung. Ein derartiges Gesetz wird demnächst in Kraft treten. Es gilt, vonseiten der Beschäftigten Kontrolle auszuüben über die Leitung in finanzieller und technischer Hinsicht, mitzubestimmen bei wichtigen Vorgängen innerhalb des Betriebes. Trotz der Widerstände der Unternehmer müssen die durch das Vertrauen ihrer Auftraggeber, die gewählten sogenannten Betriebsräte also, ihre dann verbürgten Rechte ausüben. Das besagt jedoch, sie müssen wirken im Sinne des Sozialismus. Zu diesem verantwortungsvollen Amt gehört Schulung im Geiste der Arbeiterbewegung und Einsicht und Verständnis für das komplizierte Getriebe eines großen Unternehmens. Solche Eigenschaften müssen nötigenfalls erworben werden. Dazu muß die Gewerkschaft helfen. Sie muß die Betriebsräte so, wie früher ihre Vertrauensleute und Agitatoren, zusammenfassen und beseelen mit einheitlichem Willen.

Mancher Leser wird wohl schon ungeduldig fragen, welche Formen denn nun endlich sozialisierte Betriebe innerhalb des Gartenbaues anzunehmen haben. Nun, das anzudeuten ist nicht schwer. Nur erst den Geist, das Wollen. (Schluß folgt.)

Fritz Haaker, Hamburg.

Unsere Zukunft.

Der Gärtner ist im allgemeinen Zukunftsüberlegungen sehr wenig zugänglich. Die vielen Enttäuschungen haben ihn mißtrauisch gemacht. Und dennoch dürfte die Zeit gekommen sein, wo man einmal ernstlich darüber nachdenken sollte, was aus unserem schönen Berufe eigentlich werden soll.

Vernachlässigung staatlicher und städtischer Betriebe, Rückgang der Privat- und Luxusgärtnerei, Übernahme der Gemüsegärtnerei in die Landwirtschaft sind die Kennzeichen unserer Zeit, und dürften Verbesserungen hier zunächst nicht zu erwarten sein.

Solange wir keine politisch stabilen Verhältnisse haben und nicht zweifelsfrei feststeht, wieweit das Privatvermögen zur Deckung der Reichsschulden, die der Krieg verursacht hat, herangezogen werden wird, wird naturgemäß manche nicht dringende Ausgabe zurückgehalten werden. Damit ist aber nicht gesagt, daß deshalb die Liebe zur Natur, an schönen Gärten und Blumen, nun im deutschen Volk erkaltet wäre. Nein, unsere alten Liebhaber bleiben der Gärtnerei treu, wenn auch zunächst der übertriebene Luxus in Wegfall kommt. Besonders schöne Pflanzen und Blumen werden, wie wir alltäglich beobachten können und auch schon während des Krieges beobachten konnten, immer gerne

gekauft und auch mit guten Preisen bezahlt; dagegen wird der Massenabsatz von minderwertiger Ware jedenfalls immer mehr nachlassen. Das Bestreben unserer Handlungsgärtner, unter allen Umständen billig zu produzieren und minderwertige Ware massenhaft auf den Markt zu werfen, muß deshalb für die Folge unterbleiben. Jeder Gärtner soll heute dazu übergehen, nur einzelne Kulturen zu halten und Vorzügliches zu leisten. Dann wird das Lamentieren über Schmutzkonkurrenz, den Achtstundentag und die hohen Löhne von selbst aufhören, dann kann jeder Arbeitnehmer im Berufe sein Brot finden, soweit er Kenntnisse und Fähigkeiten dazu besitzt; denn das letztere wird in Zukunft von Arbeitgeber wie von Arbeitnehmer in viel größerem Maße verlangt werden müssen.

Wo soll es hin führen, wenn die Jagd nach billigen Arbeitskräften wieder eröffnet wird, wenn wieder, wie früher, fünfmal so viel Lehrlinge gezüchtet werden, als wie der Beruf nur aufnehmen kann. Soll wieder jede minderwertige Arbeitskraft Unterschlupf bei uns finden? Was soll aus den vielen älteren Arbeitskräften und Privatgärtnern werden, wenn der Nachwuchs heranwächst, der sie von den Arbeitsplätzen verdrängt. Nichts als Kleinmeister und Schmutzkonkurrenz, schlechte Ware und schlechte Preise, lange Arbeitszeit und kein Lohn sind die unausbleiblichen Folgeerscheinungen. An eine Fortentwicklung unseres Berufes, der Gartenkunst und aller anderen Berufszweige wäre auf lange Zeit hinaus nicht mehr zu denken.

Der Krieg hat uns gezeigt, daß auch für gärtnerische Erzeugnisse hohe Preise gezahlt werden. Die achtstündige Arbeitszeit ist durchführbar, Kost und Logiswesen gibt es fast nicht mehr, dabei sind heute viel mehr ältere verheiratete Leute beschäftigt, als wie vordem und erhalten zumteil Löhne, die den übrigen gewerblichen Arbeitern nicht viel nachstehen.

Wir haben also gesehen, es geht und wird auch in der Zukunft gehen; aber wir brauchen Menschen, die die Zeit verstehen und sich ihr anzupassen vermögen.

Es wird furchtbar schwer halten, unsern Kleinmeistern, namentlich in den Kleinstädten diese Erkenntnis beizubringen; es wird harte Kämpfe geben, aber der Kampf muß geführt werden, und wer sich demselben entzieht, schadet nicht nur sich und seiner Familie, sondern vernichtet die Grundlagen für eine gesunde Weiterentwicklung unseres gesamten Berufes.

Erst gilt's, den Arbeitgebern die Lehrlingszüchtereier abzugewöhnen, und dann muß sich jeder den Gedanken an eine selbständige Existenz aus dem Kopfe schlagen. Die vielen Kleinmeister sind der Untergang unseres Berufes, und sind die Aussichten auf eine günstige Entwicklung schlechter als je. Es wäre vielmehr zu empfehlen, daß sich eine Anzahl Kleinmeister zu genossenschaftlichen Großbetrieben vereinigen möchten. Heute ist die Voraussetzung geboten, daß jeder Arbeitnehmer im Berufe bleiben kann und auch in der Lage ist, eine Familie ehrlich und anständig zu ernähren. Deshalb muß jeder mit fester Entschlossenheit für dieses Ziel eintreten und wenn unsere Arbeitgeber noch so konservativ sind und mit Händen und Füßen an den alten Gewohnheiten des Großvaters hängen. Der Erfolg ist aber nur dann verbürgt, wenn sich alt und jung um unsere Fahnen sammelt und auch der Kleinmeister begreift, daß er trotz seines Firmenschildes immer noch kein Arbeitgeber ist, sondern sich vielfach schlechter stellt, als der gewöhnlichste Arbeiter. Unter den heutigen Verhältnissen muß es als irreführend bezeichnet werden, wenn sich jemand dazu hergibt, aus persönlichen und politischen Gründen dort Interessengegensätze hervorzuheben, wo es gar keine gibt.

Unsere Zukunft verlangt von uns klaren Blick, Einigkeit und Geschlossenheit; nur dann wird unser Beruf die gegenwärtige Krise überstehen und für uns Arbeitnehmer eine gute und gesicherte Existenz bieten. Wohlan, ans Werk; in unserer Organisation ist für jeden Platz und reiches Arbeitsfeld vorhanden. Das „Hetzen und Wühlen“ muß uns zur Lebensaufgabe werden.

Fuchs, Frankfurt a. M.

Die Solidarität der Arbeiterklasse.

Skandinavische Gewerkschaften übernehmen die Garantie für Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“ zufolge beschlossen die skandinavischen Gewerkschaften, gemeinschaftlich eine Garantiesumme von 10 Millionen Kronen aufzubringen, durch die die deutschen Gewerkschaften instand gesetzt werden sollen, für die skandinavische Valuta Lebensmittel in den skandinavischen Ländern einzukaufen. 4 Millionen Kronen entfallen auf Schweden, 3 Millionen auf Norwegen und 3 Millionen auf Dänemark. — Die dänische Gewerkschaftsleitung betont, daß man verpflichtet sei, angesichts des niedrigen Marktkurses den deutschen Kameraden diese Hilfe zu leisten, zumal die nordischen Arbeiter im Laufe der Jahre viel brüderlichen Beistand in Deutschland gefunden haben.

Der dänische Anteil der Garantiesumme wird durch die Arbeiterschaft selbst aufgebracht, und zwar derart, daß die Mittel für den Fall eines bedeutsamen Konfliktes nicht festgelegt sind.

Bericht über den Erfurter Streik.

Hinter uns liegt ein Abschnitt unserer Bewegung, der nicht unbeachtet bleiben kann, — der Erfurter Streik.

Die Ursachen zum Streik waren dieselben wie überall. Die „Herren“ Unternehmer sehen eben nie vorher ein, daß alles gute Einvernehmen mit den Arbeitern aufhört, wenn man letztere pekuniär so stellt, daß sie verhungern müssen. Bei uns war es nicht anders.

Der seinerzeit gute Tarif vom Februar war durch die Verhältnisse lange überholt, und wir sahen uns gezwungen, eine Revision desselben vorzunehmen. Ein dementsprechender Nachtrag zum Tarif wurde gegenseitig einfach verworfen, und da blieb uns nur Kündigung des Vertrages übrig. Am 1. Juli überreichten wir diese zum 1. August und reichten dann einen ganz neuen Tarif ein, der die Löhne des Nachtrages hatte.

Der Verein Erfurter Handelsgärtner nahm die Kündigung mit Enthusiasmus auf und war so beiriedigt davon, daß man uns mitteilte: „Wir begrüßen die Kündigung des Tarifes, denn wir können die alten Löhne nicht mehr zahlen, — sie sind uns viel zu hoch.“ Den neuen Entwurf lehnten sie überhaupt ab, ja sogar jede Verhandlung darüber. Dann haben wir den Herren Unternehmern aber klargemacht, daß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ein Ablehnen von Verhandlungen über ein Objekt überhaupt nicht stattfinden kann, denn dieselbe sei keine Einrichtung, die sich die Unternehmer nach ihrem Glauben zurechtlegen können, sondern wir seien mitbestimmende Faktoren.

Endlich bequeme man sich und kam. Bei der darauf stattgefundenen Kommissionssitzung hat sich wiederum gezeigt, daß die Arbeitgeber eine Politik auf Kosten der Arbeitsgemeinschaft betreiben, die jedem ehrlichen Arbeiter das Blut ins Gesicht treibt. — Man sendet Kommissionen zur Verhandlung, die nicht einen Schritt Bewegungsfreiheit haben, die lediglich nochmals betonen sollen, daß die Arbeitgeber wohl die traurigen Verhältnisse ihrer Arbeiter als besonders schwierig empfinden, daß sie aber „nicht helfen können“, nicht können und nochmals nicht können.

So wurde hier in Erfurt auch verhandelt. Unsere Kommission hatte Bewegungsfreiheit, die der Gegenseite hatte keine. Da die Unterhandlung ergebnislos verlief, ging die Sache zum Schlichtungsausschuß, der die bereits veröffentlichten Löhne festlegte. Angenommen haben den Schiedsspruch nur die Arbeiter, die Arbeitgeber lehnten nochmals ab. Hierauf gab es bloß eine Antwort, und diese haben wir gegeben, — nämlich gestreikt.

Wenn die Unternehmer behaupten, sie hätten den Schiedsspruch nicht bedingungslos abgelehnt, sondern den Manteltarif angenommen (allerdings die Hauptsache — die Nachzahlung — abgelehnt) und den Lohnsatz zwar nicht angenommen, aber „annehmbare“ Gegengebote gemacht, so ist das eine Verteidigung, die sich selbst verspottet. Man denke, daß das Wesentlichste vom Schiedsspruch, nämlich die Nachzahlung, glatt abgelehnt war und für die festgesetzten Löhne ein Gegengebot gemacht wurde, das 10—20, ja sogar 30 Pfennige unter dem Schiedsspruch war, dann sind die Verteidigungen der Arbeitgeber, die uns die Schuld in die Schuhe schieben sollen, grobe Unverschämtheiten.

Der Schluß ist, daß wir gestreikt haben, bis die Arbeitgeber nach 8 Tagen an den Schiedsspruch ran wollten, d. h. die jetzigen Löhne erreichen in einigen Klassen dieselben nicht ganz; aber jedenfalls unterscheiden sich diese nicht mehr wie Tag und Nacht.

Der Streik selbst ist mit einer Bravour durchgeführt, die einer alten Organisation Ehre gemacht hätte, um wieviel mehr einer jungen Gruppe, die zu 99 % aus Mitgliedern mit knapp ein- und halbjähriger Mitgliedschaft besteht. Die Unternehmer hatten geglaubt, wir würden nicht streiken können, und nun haben wir allen zum Erstaunen den Kampf geführt — im großen Umfang, und doch restlos reine Betriebe und Stimmung bis zum Schluß.

Die Blumenkultivier, denen wir mit reger Beteiligung des Publikums den Versand gesperrt hatten, kapitulierten schon am ersten Tage, und wir einigten uns auf den Schiedsspruch, ebenso einige außenstehende Firmen. Durch provozierendes Betragen verschiedener Herren vor und während des Streikes hat es auf beiden Seiten Trümmer gegeben, die aber der Erziehung der gewerkschaftlichen Mitglieder keinen Abbruch tun.

Wir glauben, daß der Erfurter Streik, der größte bisher im Beruf, mit rund 1000 Mitgliedern, und einer der bedeutungsvollsten in manchem Gebiet, indirekt mithelfen wird — namentlich unseren Kollegen im Konkurrenzgebiet rufen wir zu: Zeigt Euern Unternehmern die Zähne, denn viele der Euren waren die Triebfedern bei unsern Krautern, — unsere sollen Euch keinen Schaden so leicht mehr machen.

Hellbusch.

Tarifvertrag für das Instandhaltungswesen der Heidegräber in den Ostseeprovinzen.

Folgender Vertrag ist zwischen der Intendantur 1. A. K. Hauptgräberamt (einschließlich 20. A. K.) und Abstammungsgebiet und dem Verbands der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Bezirk Ostprovinzen, Gauleitung Königsberg i. Pr., abgeschlossen worden:

1. **Arbeitszeit.** Die achtstündige Arbeitszeit ist unbedingt durchzuhalten. — Bezirksgärtner erhalten für Besichtigungen, Aufsicht und Dienstreisen keine besonderen Zuschläge, auch nicht Sonntags. In Fällen praktischer Arbeitsleistung erhalten sie die Überstunden laut Tarifvertrag nebst dem festgesetzten Zuschlag 30 % bezahlt. Überstunden sind nur in außerordentlichen Fällen gestattet, im Benehmen mit der Bauleitung. — Überstunden werden mit 30 % Zuschlag auf den Stundenlohn, Arbeiten an Sonntagen und Feiertagen werden mit 50 % Zuschlag bezahlt.

2. **Arbeitslohn.** Bezirksgärtner stehen im Monatsgehalt, die Auszahlung erfolgt monatlich. Vorschüsse können 14-tägig geleistet werden. Das Gehalt beträgt für diese 400 Mk., außerdem erhalten sie noch eine Landzulage von 100 Mk. monatlich. Direkte Auslagen an Fahrkarten oder Dienstreifen sind besonders zu belegen und zu vergüten. — Für Hilfgärtner erfolgt die Berechnung des Lohnes nach Arbeitsstunden, die Auszahlung in Wochenfristen. Sie erhalten pro Stunde bis zum Alter von 24 Jahren einen Mindeststundenlohn von 2 Mk., über 24 Jahren einen Mindeststundenlohn von 2,25 Mk. Der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen richtet sich nach den örtlichen Tarifen. — Bereits bestehende höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. — Für die Leistungen zur Invaliden-, Kranken- und Angestelltenversicherung gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

3. **Kündigung.** Die Kündigungsfrist für Bezirksgärtner im Monatsgehalt ist eine monatliche, geltend vom 1. bis zum 1. nächsten Monats, für Hilfgärtner wöchentlich entsprechend der Lohnlistenzahlung.

4. **Unterkunftsräume.** Für Unterkunftsräume und Handwerkskästen zum Aufbewahren von Geräten und Handwerkszeug hat die zuständige Bauleitung zu sorgen, die Arbeitnehmer dürfen für etwaige verschuldene Geräte bei Nichtverschulden nicht haftbar gemacht werden.

5. **Schlichtungsausschuß.** Als solcher gilt in erster Linie der fachliche Schlichtungsausschuß, bestehend aus zwei Vertretern des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, und zwei Vertretern der Intendantur des 1. A. K., Hauptgräberamt. Kann dieser einen Streitfall nicht schlichten, so fungiert als unparteiischer Vorsitzender ein Mitglied des amtlichen Schlichtungsausschusses. Der Ausschluß erledigt alle Streitfragen, die aus diesem Verträge entstehen, unter Ausschluß eines jeden weiteren Rechtsweges.

6. **Arbeitsnachweis.** Die Arbeitskräfte, in erster Linie Bezirks- und Hilfgärtner, sind durch den Zentral-Arbeitsnachweis, Abtlg. für das Gärtnergewerbe, Königsberg in Preußen III, Fliestr. 1, anzufordern.

7. **Urlaub.** Bezirksgärtner erhalten im ersten Jahre einen mindestens 8-tägigen Urlaub, im zweiten Jahre einen mindestens 14-tägigen Urlaub. Der Urlaub wird unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. — Hilfgärtner erhalten nach einer durchgehenden Beschäftigungsdauer von einem Jahre einen 3-tägigen Urlaub. Mit jedem Jahre um einen Tag steigend bis zu 8 Tagen, unter Fortzahlung des Lohnes.

8. **Verschiedenes.** Werden einem Angestellten oder Arbeiter Veruntreuungen, Unterschlagungen usw. nachgewiesen, so ist die Intendantur des 1. A. K., Hauptgräberamt, berechtigt, diese sofort zu entlassen. Bis zum Entlassungstage ist das Gehalt zu zahlen. — Die Bezirksgärtner unterstehen dienstlich den betreffenden Bauleitungen. — Der abgeschlossene Vertrag tritt mit dem 1. September 1919 rückwirkend in Kraft. Seiner Aufhebung muß eine mindestens vierwöchige Kündigungsfrist von einer der vertragsschließenden Parteien vorausgehen. Der Vertrag kann von 2 zu 2 Monaten gemeinsam von beiden Parteien geprüft werden, wobei sich etwa herausstellende Mängel zu regeln sind.

Königsberg, den 18. September 1919.

Für den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Bezirk Ostprovinzen, Gauleitung Königsberg i. Pr., Steindamm 27—29.
gez.: Czwalina, Gauleiter.

Für die Intendantur des 1. A. K., Abtlg. VI. 3.
gez.: Poerschmann, Baurat.

Tarif-Vereinbarungen

Tuttlingen. Mit der Firma „Deutsche Nelkenkulturen“, Inhaber Paul Mack, wurde am 25. September ein Tarif abgeschlossen, der folgende Sätze vorsieht: Gehilfen über 25 Jahre

1,50 Mk., über 20—25 Jahre 1,40 Mk., unter 20 Jahren 1,20 Mk., Hilfsarbeiter über 20 Jahren 1,20 Mk., unter 20 Jahren 1 Mk. die Stunde. Der Abschluß eines örtlichen Tarifs war nicht möglich, da in verschiedenen Betrieben zurzeit keine Gehilfen beschäftigt werden und die Unternehmer sich ablehnend verhielten.

Lehrlings- und Bildungswesen

Gärtnereiausschuß bei der Landwirtschaftskammer für Pommern.

Der Ausschuß hielt am 8. August in Stettin eine Sitzung ab, die sich u. a. mit der Frage einer Regelung des Lehrlingswesens beschäftigte. Es wurde beschlossen, hierbei in derselben Weise zu verfahren, wie in der Provinz Brandenburg. Die Festsetzung einer Verhältniszahl der Lehrlinge zu den Gehilfen wurde ebenfalls abgelehnt. Angenommen wurde (wie für Brandenburg auch beschlossen), die Bestimmung zu streichen, nach welcher den Lehrlingen der Besuch öffentlicher Versammlungen verboten wird. Die Prüfung der Lehrwirtschaften erfolgt durch paritätische Ausschüsse. Im Frühjahr 1920 soll die erste Lehrlingsprüfung stattfinden. Unser Mitglied Kollege Berkner wurde als unser Verbandsvertreter mit in den Ausschuß gewählt.

Lehrlingszüchter.

Herr Weber jun., Tuttlingen (Württ.), beschäftigt 4 Lehrlinge und keinen Gehilfen. Ob er sich wohl für besonders geeignet hält zur Ausbildung von Lehrlingen? Wir sind gegen-teiliger Ansicht!

Herr Gauß in Rettweil hat 3 Lehrlinge und keinen Gehilfen. Derselbe erklärte einem andern Unternehmer, daß er überhaupt keinen Gehilfen mehr beschäftigen werde, sondern nur noch Lehrlinge. Richtige Unternehmermoral! 6 Lehrlinge und nur 2 Gehilfen beschäftigt die Firma A. Dieterlein & Sohn in Reutlingen. 4 Lehrlinge und 1 Obergärtner Herr Gottlob Dieterlein. Beide Firmen bleiben damit ihrer alten Tradition treu, denn die Massenausbildung von Lehrlingen bildete von jeher einen Hauptzweig ihres Geschäfts. Früher waren es meistens ein Dutzend! —ld.

Berichte

Sorau (N.-L.). Ein unehrliches Spiel leisteten sich die Unternehmer von Sorau. In einer Zuschrift vom 22. September 1919 ersuchte der Vorsitzende, Herr Peter, unseren Vorstand, einen Vertreter nach Sorau (N.-L.) zu entsenden, um an den stattfindenden Tarifverhandlungen teilzunehmen. Die Verhandlungen fanden statt. Nach mehrstündiger Rede und Gegenrede erklärten die Arbeitgeber, daß sie in ihrer Versammlung beschlossen hätten, einen Tarifvertrag nicht zu unterzeichnen!

Das ist doch wohl eine außerordentliche Leistung. Zuerst veranlaßt man den Organisationsvertreter, an Verhandlungen teilzunehmen, offenbar aber in der Absicht, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Die Quittung für diese Art Vorgehen wird den Unternehmern noch ausgestellt werden. Aug. Albrecht.

Rundschau

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf eines Gesetzes über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der bereits durch eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Nationalversammlung angekündigt worden ist, ist inzwischen fertiggestellt worden. Er wird in den nächsten Tagen den Gegenstand von Besprechungen der zuständigen Ressorts bilden. Bis zur Schaffung des in der Verfassung vorgesehenen endgültigen Reichswirtschaftsrats ist für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ein weitgehendes Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung und beim Erlaß gewisser grundlegender Verordnungen vorgesehen.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat wird in seiner Zusammensetzung den Interessen aller Volkskreise, sowohl der produzierenden wie der konsumierenden, ausgiebig Rechnung tragen und nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein.

Sozialismus?

Eduard Bernstein, unser großer Theoretiker des Sozialismus, hat Ende des vorigen Jahres in einem Vortrage gesagt, er habe sich einmal von 5 Sozialisten auf Zetteln die Frage beantworten lassen: „Was ist Sozialismus?“ und habe 5 verschiedene Antworten

erhalten. Er wollte nun damit keineswegs sagen, daß diese Leute nicht gewußt hätten, was Sozialismus sei, sondern zum Ausdruck bringen, daß jeder ihn anders auffasse, jeder aus einer anderen Richtung zu ihm gelange. Über die einfachsten Grundbegriffe des „Sozialismus“ dürften sich aber leicht die klar sein, die sich das Wort nur einmal angesehen haben. In „Sozialismus“ steckt „Sozius“, das ist: der Teilhaber, Sozialismus wäre also rein wörtlich und damit auch begrifflich der Zustand der Teilhaberschaft aller. Woran? Nun, an den Produktionsmitteln zunächst, an allen Rechten, allen Pflichten, allen Kulturgütern, allem Glück und Unglück der Welt überhaupt. Je nach Veranlagung und Überzeugung steht jenem die Menschlichkeitsgemeinschaft, diesem die Gemeinwirtschaft im Vordergrund des Interesses, und je nach Erkenntnis und Gefühl will jener den Weg der Entwicklung, dieser den des gewaltsamen Umsturzes dahin gehen. Immer aber zu jenem Zustand, den wir mit Sozialismus bezeichnen.

Bekanntmachungen

Groß-Berlin. (Bezirk Erkner.) Der Kassierer, Kollege O. Flader, wohnt jetzt Löcknitzstr. 8.

— (Gärtner-Krankenkasse.) Die Zentralstelle der Gärtnerkrankenkasse für Groß-Berlin befindet sich in Schöneberg, Albertstr. 6. Es ist von jetzt ab unbedingt notwendig, daß von den Mitgliedern jeder Stellenwechsel gemeldet wird.

Verwaltungsstelle und Gau Berlin. Der Kollege Walter Kwasnik, langjähriger Bevollmächtigter der Berliner Verwaltung, ist mit dem 1. September von diesem Posten zurückgetreten, um einen andern Platz in der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung einzunehmen.

Unsere Organisation verliert in dem Scheidenden einen der rühmlichsten Vertreter.

An seine Stelle ist der Kollege **Wilhelm Dahn**, bisher Gauleiter des Gaues Brandenburg-Pommern, getreten.

Die Berliner Verwaltung zählt heute an Mitgliedern fast den vierten Teil des Gesamt-Verbandes. Der größte Teil der Groß-Berliner Gärtnerarbeitnehmer ist bereits organisiert. Vieles bleibt noch zu tun. Eine Weiterentwicklung ist nur möglich durch die Mitarbeit aller. Jeder an seinem Platze und nach seinem Können.

Gerade die gegenwärtige Zeit ist für uns Berliner besonders ernst, wo die Unternehmer die Zeit für gekommen erachten, alles das über den Haufen zu rennen, was bisher in aufbauender Arbeit an der Verbesserung unserer Daseinsbedingungen getan worden ist.

Arbeite daher jeder wie bisher an dem Aufbau des Verbandes und haltet unsere Waffe scharf, um allen Stürmen trotzen zu können. In diesem Sinne rufen wir heute alle zur weiteren Mitarbeit auf, vertrauend auf unsere gerechte Sache und auf den endgültigen Sieg. Der Vorstand der

Verwaltungsstelle und des Gaues Groß-Berlin.

Gau Brandenburg-Pommern. Die Führung der Geschäfte hat der Kollege **August Albrecht** (früher Stuttgart) übernommen. Sendungen für den Gau Brandenburg-Pommern sind deshalb fortan an folgende Adresse zu richten: August Albrecht, Berlin S 42, Luisenufer 1.

Bromberg. Die Adresse der Ortsverwaltung ist jetzt: Herrn Michaelis, Frankstr. 3.

Esslingen (Württbg.). Das Versammlungslokal befindet sich jetzt im Gasthaus zum „Fürstenfelder Hof“. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. Auskunft erteilt der Vorsitzende Karl Hartmann, Neckarstr. 28.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis für Hamburg hat seine Geschäftsstelle nach Nagelsweg 19 verlegt.

Reutlingen. Versammlung jeden 3. Mittwoch im Monat im Restaurant Waldhorn, Katharinenstr.

Sterbetafel.

Am 27. September verstarb unser Mitglied, Kollege

Hermann Harnack

an einem Herzfehler.

Ehre seinem Andenken!

Verwaltung Groß-Berlin, Bezirk Steglitz.

Am 24. September verstarb unser Mitglied, Kollege

Georg Paulini

im Alter von 31 Jahren, eingetreten am 22. November 1918.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Hamburg.

Bücherschau

Soll mein Sohn Gärtner werden? Eine Aufklärungsschrift für Eltern und Erzieher und ein Führer für angehende Gärtner und Gärtnerinnen. Herausgegeben vom Ausschuss für Gartenbau beim Landeskulturrat für Sachsen. Dresden, September 1919. Preis 25 Pfg. -- Die Schrift ist, wie von anderer Seite (nicht auf dem Titelblatte) mitgeteilt, von Walter Dähnhardt, dem früheren Hauptschriftleiter von Möllers Gärtnerzeitung verfaßt, der seit Jahresfrist Geschäftsführer des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrat für Sachsen ist. Alles in allem genommen hat der Verfasser eine recht gute Arbeit geliefert. Gedanken, wie sie im ersten Teile über die Anforderungen an ein junges Menschenkind gestellt werden, das den Gärtnerberuf erlernen will, waren sehr lange Zeit nur erst Gemeingut der Arbeitnehmer. Im Verlaufe des letzten Jahrzehnts sind sie glücklicher Weise auch Gemeingut aller Arbeitgeber geworden, die das Lehrlingswesen vor einer etwas höheren Warte betrachten. Dähnhardt sagt in dem Falle also nichts neues, aber es ist sehr wichtig, daß es in einer solchen Schrift wie der hier vorliegenden gesagt wird. Auch sonst kann man die kleine Schrift in der Tat als einen Führer und Wegweiser betrachten.

Hervorhebenswert erscheint uns hier diese Stelle: „Da es mittelgroße Gärtnereien, in denen verschiedene Zweige des Berufs betrieben werden, nicht überall gibt und da deren Zahl auch beschränkt ist, wird neuerdings vielfach die Lehrzeit

derart geteilt, daß der Lehrling z. B. zwei Jahre in einer Topfpflanzengärtnerei, den Rest in einer Baumschule lernt. Oder erst in einer Privatgärtnerei, dann in einem Erwerbsbetriebe usw.“ Eine in dieser Richtung sich bewegende Forderung haben wir schon früher vertreten, und grundsätzlich wird sie erhoben in These 6 unserer in Nr. 22 abgedruckten Vorschläge über neuzeitliche Berufsausbildung im Gesamtgartenbau.

Gewiß haben wir auch mehrere Einwendungen, z. B. mißbilligen wir, daß Dähnhardt sagt: „Die Dauer der Lehrzeit soll in mindestens drei Jahre betragen.“ Wir erachten drei Jahre noch als erforderlich, aber auch als die längst zulässige Zeit. Unter Vorbehalt noch einiger anderer Ausstellungen können wir die Schrift sehr wohl empfehlen.

Eine grundsätzliche Einwendung gegen die Art der Herausgabe möchten wir nicht unterdrücken. Berechtigt war der Ausschuss für Gartenbau zweifellos, die Schrift ohne Fühlungnahme mit der Arbeitnehmervertretung herauszugeben. Zeitgemäß aber ist solche einseitig getroffene Maßnahme nicht. Die Klugheit hätte die Verantwortlichen bestimmen sollen, schon jetzt auf das bisher einseitige Recht Verzicht zu leisten. Man sieht aber, Herrenrechte werden freiwillig nicht preisgegeben; man läßt es darauf ankommen, daß man sie den Besitzern erst entreißt. Gut!, auch der Ausschuss für Gartenbau in Sachsen ist die längste Zeit eine ausschließliche Unternehmervertretung gewesen; die neue Zeit wird daraus eine paritätische Einrichtung gestalten, wenn sie sein weiteres Fortbestehen als notwendig befinden sollte.

Anzeigenteil

5000 Tomatenpflanzen zu kaufen gesucht

zum Frühjahr 1920. Angebote erb. unter **H. K. 25** an Lorenz & Co., Leipzig, Bosenstraße 6.

Reinen Leinölfirniskitt

liefert billigst **S. Sönnichsen, Dömitz i. Meckl.**

Kranz- u. Blumendrähte

In Ringen und beliebigen Längen geschnitten, starke und feinste **Blumendrähte**, Spez, Draht auf Wickel, für Gärtner besonders geeignet.

Otto Täubert, Sebnitz (Sachs.) Drahtspinnerei u. Drahtziehere

Großes Lager fertiger Clichés

Lager-Clichés



Für Gärtner Cataloge für die Gärtner - Branche.

Getrocknete Torferde,

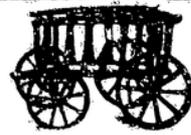
zurzeit bester Ersatz für Torfmoor, liefern pro Zentner 3 Mk. in Wagenladungen, lose verladen, Horka und als Stückgut in Käufers Säcken oder in Leiltücken gegen 25 Pfg. Leiftücker u. 2 Mk. Pfand, 3,80 Mk. ab Horka und 4 Mk. ab Donauwörth. Unsere Torferde besitzt noch einen hohen Wert als Düngemittel. **Gebr. Ladendorff**, Torfstich, **Maltwasser**, Post Kodersdorf O.-L.

Stickstoff und Ammoniak

schafft sich jeder Viehbesitzer preiswert. Näheres durch **Gebr. Ladendorff, Görlitz.**

Der Gärtnerberuf

Fachlehrbuch I. Ranges 5 45. Gartenbuch 6,50 Gr. Gärtnerbuch 22,-. Gartenkunst 8,50. Gartenbeete 14,-. Böttners Gartenbuch für Anfänger 11,-. Böttners Garten-Taschenbuch 2,75. Taschenbuch für Gartenfreunde 8,50. Ernährung gärtnerischer Kulturpflanzen 6,70. Einr. Gemüßbau 9,70. Einträgerlicher Feldgemüßbau 4,65. Der Zimmergärtner 2,20. Zimmergärtnerei 14,55. Der Hausgarten 6,-. Schnittblumengärtnerei 24,20. Die Veredelungen 7,25. Kulturpraxis d. Kalt- u. Warmhauspflanzen 16,95. Der Rosenfreund 7,90. Äpfel u. Birnen 26,65. Das Buschoß 3,30. Gartenkulturen, die Geld einbringen 11,-. Lehrbuch des Obstbaues 13,75. Lehrbuch des Spargelbaues 3,30. Böttners Immerwährender Gartenkalender 2,75. Züchtung der Neuheiten und Edelrassen von Gartenpflanzen 19,80. Gartenentwürfe 4,95. Die Orchideen i. Zimmer 5,50. Gärtnerische Düngelehre 7,15. Der Idealschulgarten 6,50. Gemüßsamenbau 8,25. Gewächshausbetrieb 9,91. Der Apfelbaum 8,25. Die besten Kirschen, Pflaumen, Aprikosen, Pflaumen 13,20. Kakteen-Zucht 4,40. Rhododendron 3,80. Erdbeerkultur 3,85. Das Obst- und Gemüßge 3,85. Jugendgartenbuch 4,25. Illustr. Gehölzbuch 7,45. Die lateinischen Pflanzennamen 1,50. Trocken-, Bleichen, Färben, natürlicher Blumen 5,30. Blumenbinderei 6,60. Künstliche Blumen 13,20. Korbflechterei 6,-. Chemie für Gewerbetreibende 9,80. Gemüsekonservenfabrik 5,30. Honig und Honigersatz 5,30. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13,85. Landwirtschaftslehrling 9,10. Landwirtschaftl. Sünden 9,10. Umwälzung von Fruchtfolgen 13,20. Düngerlehre 4,75. Bekämpfung der Wiesenunkräuter 2,65. Bienenzucht 5,-. Rechenheifer 4,70. Lohnrechner 2,-. Holzberechner 7,15. Buchführung 6,-. Richtig Deutsch 3,-. Französisch 6,-. Englisch 6,-. Polnisch 6,-. Rechtschreibung (Duden) 7,15. Fremdwörterbuch 6,-. Rechtsformularbuch 6,-. Taschenbuch des allgemeinen Wissens 4,40. Büchmanns Geflügelte Worte 8,80. Gedichtsammlung 5,-. Anekdotenbuch 3,-. Lehrbuch für Kaufleute 16,-. Rechnen 6,-. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5,50. Guter Ton und seine Sitte 5,75. Tanzlehrbuch 3,35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15,-. Gegen Nachnahme! **L. Schwarz & Co.**, Verlagsbuchhandlung, **Berlin 38! BE, Annenstraße 24.**



Handleiterwagen braucht der Gärtner. Verlangen Sie Preisliste B. **Richard R. Schmiedtke G. m. b. H.** Berlin W 50, Tauenzienstr. 15

Brennison liefert Brennisonfabrik Ravensburg (Württemberg)

Brahtgedecht liefert jeden Posten billigst. Vorratsliste gegen Freimarkel. **Ernst Herrschuh, Maschinenfabrik, Refebaubrand I. 24. 27.**

Helichrysum suche zu kaufen, zahle per Kilo 8 Mark. **Braun vorm. Proitz, Dresden, Scheffelstr.**

Gartenmesser Hippen alle Gartenwerkzeuge **Ludwig K. Adam** Dresdener Gartenwerkzeugfabrik Dresden-A 19 F. 9 Preislisten abfordern.

Blumen- u. Kranzdraht 1/2-2 mm stark, 5 Kilo 10.- Mk. **HESSE, Dresden, Scheffelstrasse**

Sembdner's Kleingarten-Säemaschine

ist die beste und billigste. Einfachste, kinderleichte Handhabung! Feuerverzinkt, kein Rosten! Für Güte u. Leistung volle Garantie!



Sofort lieferbar! Ansichtlieferung ohne Kaufzwang. Gartenbauvereine! Drucksachen m. Abb. auch über größere Säe-, Jäte- u. Hackmaschinen etc. sendet kostenlos **J. Sembdner, München 7, Fabrik gärtner.-landwirtsch. Maschinen u. Geräte.**

Kittlose Frühbeefenster D. R. G. M. aus Ia* Stammkiefer mit glatter Rohverglasung liefert **Süddeutsche Dachfensterfabrik, Inh. Carl Witz, Landau (Pfalz)**

Sämtliche Fachbücher unseres Berufes besorgt **Andreas Voß, BERLIN W 57, Potsdamer Straße 64.**

Linden - Bindebast kg 10 Mk. in jeden Posten sofort lieferbar. **Max Werner, Letschin (Oderbruch).**

Gartenbau-Bücher für alle Zweige des Berufes liefert Gartenbau - Buchhandlung **Wilh. König, Erlurt. Po. nach A.**

Asphalt - Kitt, wirklich brauchbare, beste haltbare Qualität, gebrauchsfertig, **a Zentner 35 M.** **Hugo Arnold, Kunst- und Handelsgärtner, Bremen, Kornstr. 92.**

GLASER KITT. Echte Friedensgrüte liefert günstig **E. Schuster, Bautzen.**

Gesucht zum Oktober d. J. s. unverheirateter, älterer, absolut zuverlässiger **Gärtner** erfahren im landwirtschaftlichen Gemüse- und Obstbau. Er soll ein ca. 12 Morgen großes Obst- und Gemüßgut im mittelpommerschen Städtchen zunächst selbständig verwalten, Neupflanzungen und Frühbeete usw. anlegen, später auch Kleinviehverorgung und Nebenarbeiten m. übernehmen. Zeugnisabschriften und Gehaltsanspr. bei freier Wohnung und guter Verpflegung erbeten unter **G. C. 100** an Lorenz & Co., Leipzig, Bosenstraße 6.

Drucksschen aller Art fertigt sofort an. **Carl Hansen, Berlin N 4, Chausseestr. 36.**